

Laufende Nummer 4: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3279**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von FDP und CDU. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 5: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3280**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 6: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3281**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 7: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3282**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Auch der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 8: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3283**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 9: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3284**. Wer ist dafür? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 10: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3285**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 11: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3295**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 12: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3296**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 13: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3297**. Wer ist dafür? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nummer 14: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3298**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 15: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3299**. Wer ist dafür? – Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Nun der letzte Antrag! Laufende Nummer 16: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3305**. Wer ist dafür? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Dieser Antrag ist auch **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, jetzt stimmen wir noch über den **Einzelplan 15** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3015** ab. Wer für diese Beschlussempfehlung und damit für den Einzelplan 15 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die Opposition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Einzelplan 15 mit Mehrheit **beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum

Gemeindefinanzierungsgesetz,

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2302 mit der Ergänzung Drucksachen 14/2850 und 14/2884. Ich weise darauf hin, dass wir eine Beschlussempfehlung haben, und zwar die Drucksache 14/3017.

Ich eröffne die Beratung zum Gemeindefinanzierungsgesetz und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Töns das Wort.

Markus Töns (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gemeindefinanzierungsgesetz dient dazu, die Städte und Gemeinden in unserem Land so auszustatten, dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Wo – so frage ich Sie, meine Damen und Herren –, wenn nicht in den Kommunen, ist für die Menschen in unserem Land Politik unmittelbar erfahrbar? Die Kommunen sind es, die große Teile unserer Daseinsvorsorge sichern und erhalten.

Was ist schon Landespolitik ohne die kommunale Selbstverwaltung? Das bedeutet aber auch, dass die Kommunen in unserem Land finanziell ordentlich ausgestattet sein müssen. Aber was macht die Koalition des Täuschens und Enttäuschens? Wider besseren Wissens – zumindest bei der CDU, denn die CDU ist ja noch kommunalpolitisch verankert, wogegen die FDP kommunalpolitisch in diesem Land überhaupt keine Rolle spielt –

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Gott sei Dank!)

räubern Sie mit langen Fingern in den Kassen der Kommunen.

(Christof Rasche [FDP]: Augen zu und durch!

Sie nehmen die Gewerbesteuer aus der Verbundumlage heraus und kürzen somit um 165 Millionen € Sie – die Herren Minister Wolf und Linssen – sanieren an dieser Stelle den Landshaushalt auf Kosten der Kommunen.

(Beifall von der SPD)

Die armen Verwandten werden mal wieder zur Kasse gebeten. Das Bemühen vieler Kommunen, ihre sowieso schon stark belasteten Haushalte aus eigener Kraft zu sanieren, wird von Ihnen boykottiert.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen das gerne am Beispiel meiner Heimatstadt Gelsenkirchen aufzeigen. Die Stadt Gelsenkirchen hat ein jährliches Defizit von ca. 98 Millionen €. Um dieses Defizit langfristig zu beenden, hat man sich ein großes Ziel gesetzt: Man will 13 Millionen € jährlich im Haushalt einsparen. In 2007 erhält die Stadt aber satte 35 Millionen € weniger Schlüsselzuweisungen. Darin enthalten sind mehr als 6 Millionen €, die aus dem Wegfall der Einberechnung der Grunderwerbsteuer der Stadt verloren gehen. Wenn Sie gut zugehört haben, werden Sie feststellen, dass allein die Hälfte der angestrebten Konsolidierungssumme somit verloren geht.

Dann wollen wir nicht vergessen: die Kürzung in der Weiterbildung, die Reduzierung der Krankenhausfinanzierung und den Elternbeitragsausgleich, der die Stadt Gelsenkirchen noch einmal 1,2 Millionen € kosten wird. Natürlich – werden Sie uns wahrscheinlich vorhalten – sollen die Städte dieses Beitragsdefizit durch höhere Elternbeiträge erwirtschaften, und die Regierungspräsidenten werden angewiesen, die Kommunen zu einer Erhöhung der Elternbeiträge zu zwingen. Sie wissen aber sehr genau, dass eine Stadt wie meine Heimatstadt mit einem Anteil von 40 % der Eltern, die unterhalb der Einkommensgrenze liegen, dieses Defizit nicht ausgleichen kann.

Na ja, vielleicht hat der Innenminister eine Entschuldigung für sein Nichtwissen an dieser Stelle. Er gehört nun einmal einer Partei an, die kommunalpolitisch überhaupt keine Rolle spielt. Woher soll er es auch wissen?

(Beifall von der SPD – Ralf Jäger [SPD]: Mit 2,6 %!)

Ich könnte noch mehr aufzählen. Um eines deutlich zu machen

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Herr Papke, damit Sie das auch verstehen –: Sie sind die kommunalfeindlichste Landesregierung, die Nordrhein-Westfalen in 60 Jahren erlebt hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zum Trotz sage ich an dieser Stelle: Glück auf.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Töns. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Lux.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Peinlich, einfach nur peinlich! – Frank Sichau [SPD]: Mal gucken, was peinlicher ist!)

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Sichau, diesen Wettbewerb würde ich an Ihrer Stelle auch fürchten.

(Beifall von der CDU)

Natürlich muss man das GFG 2007 wie den Gesamthaushalt vor dem Hintergrund und den Erfordernissen der Haushaltskonsolidierung sehen. Die zweifelsohne stattfindenden Einschnitte durch Wegfall des Anteils der Grunderwerbsteuer – Herr Töns, nicht der Gewerbesteuer! – an der Verbundmasse stellt eine Belastung der kommunalen Familie dar, und auch zum Beispiel die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Krankenhausfinanzierung trifft die Kommunen nach wie vor in einer schwierigen Situation.

Es ist aber nicht so, dass das Land die Kommunen willkürlich oder isoliert oder gar aus sonst unlauteeren Motiven an der Konsolidierung der Landesfinanzen beteiligt,

(Ralf Jäger [SPD]: Wie denn?)

aber wie viele andere auch müssen die Kommunen zur Sanierung der Haushaltsstruktur herangezogen werden. Oder, Herr Jäger, lassen Sie mich das ganz deutlich sagen:

(Ralf Jäger [SPD]: Wieso müssen sie das? Erklären Sie das mal!)

Die Kommunen müssen jetzt für die jahrzehntelange unverantwortliche Schuldenpolitik der vergangenen rot-grünen Landesregierung mitbezahlen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Wenn Sie und Ihre Partei, Herr Töns, in den vergangenen Jahren eine verantwortliche Finanzpolitik praktiziert hätten, wäre der von mir angesprochene Konsolidierungsbeitrag der Kommunen gar nicht erforderlich.

(Beifall von der FDP)

Deswegen fehlt mir jedes Verständnis für Ihre Aufgeregtheit und für Ihre gespielte Empörung. Denn als Verursacher der Verschuldung des Landes sollten Sie besser beschämt auf Ihren Plätzen sitzen und dem Finanzminister, der Landesregierung und vor allen Dingen den Fraktionen von CDU und FDP danken,

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

dass die sich der Herkulesaufgabe stellen, Ihre Hinterlassenschaft zu regeln.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch wenn viele Bürger angesichts der kraftvollen neuen Regierungskoalition von CDU und FDP die ehemaligen Regierungsparteien schlicht verdrängt und vergessen haben – wie alle Umfragen belegen –,

(Frank Sichau [SPD]: Deshalb wird Herr Rüttgers auch der SPD zugerechnet!)

werden wir die Bürger noch über viele Jahre mit den Folgen Ihrer unverantwortlichen Schuldenpolitik konfrontieren müssen. Denn diese hinterlassene Verschuldung werden wir nicht in anderthalb, in zweieinhalb oder drei Jahren zurückführen können, sondern das wird noch länger dauern.

Angesichts Ihrer Krokodilstränen bezüglich des angeblich unsozialen Umgangs mit Kindern, Schülern und Kommunen sei noch einmal deutlich gesagt: Das Unsozialste und die Jugend am meisten Belastende ist nicht eine Konsolidierungspolitik, wie wir sie umsetzen, sondern Ihre verantwortungslose Schuldenpolitik der Vergangenheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Es fällt uns nicht leicht, den Kommunen im Jahr 2007 diesen Konsolidierungsbeitrag abzufordern.

(Ralf Jäger [SPD]: Ich denke, die müssen!)

Das ist nur möglich, weil die Kommunen trotz der Konsolidierungsbeiträge mehr Mittel durch das GFG erhalten als im vergangenen Jahr, selbst

wenn man die Rückzahlung der Kreditierungen mit in die Betrachtung einbezieht.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Lux, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rainer Lux (CDU): Nein.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie gestatten keine.

Rainer Lux (CDU): Auch die allerorts sprudelnden Gewerbesteuerereinnahmen bei den Städten und Gemeinden hatten uns diese Entscheidung erleichtert. Ich sage aber ganz deutlich, dass die Kommunen zukünftig kaum weitere Belastungen vertragen können.

Positiv bleibt festzustellen, dass der Verbundsatz von 23 % an der Verbundmasse erhalten bleibt, dass der Anteil der Schlüsselzuweisungen mit 84 % der Gesamtsumme so hoch ist wie nie und damit die Kommunen weitestgehend von der Bevormundung durch das Land befreit sind.

Wir werden dem GFG 2007 zustimmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lux. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Becker. Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es bleibt dabei: Dieser Haushalt ist ein Haushalt zwischen Glücksspiel und Raubrittertum. Ziehen wir die Steuermehreinnahmen und den sogenannten Konsolidierungsbeitrag, den die Kommunen jetzt dem Land gegenüber leisten müssen – oder sollte ich besser sagen: den Diebstahl, den Sie an den Kommunen begehen? – ab,

(Beifall von den GRÜNEN)

dann bleibt an Absenkung der Nettoneuverschuldung faktisch nichts übrig. Ihre gesamte Mär der Nettoneuverschuldungssenkung ist Steuermehreinnahme und Diebstahl an den Kommunen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Folge dieses Tuns, Herr Lux, ist nicht, jedenfalls diesen Anteil des sogenannten Konsolidierens bei den Kommunen angeht, ein Absenken der Verschuldung. Gesamtstaatlich verschieben Sie nur Verschuldung, nämlich weg vom Land und hin zu den Kommunen, die das dann teilweise mit Kassenkrediten abliefern müssen, also mit höhe-

ren Zinsen bezahlen müssen. Gesamtstaatlich ist das ein schlechtes Geschäft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der früheren Kommunalpartei CDU,

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

ich bedauere, dass Sie die Lasten lediglich vom Land auf die Kommunen verschieben, sich also zulasten Dritter konsolidieren, so Sie sich überhaupt konsolidieren. Ich bedauere auch sehr, dass Sie von der früheren Kommunalpartei CDU nicht die Kraft und den Mut aufbringen, auch nur ansatzweise die Politik zu machen, die Sie vor Jahren versprochen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben nämlich nicht nur versprochen, mehr geben zu wollen als die alte Regierung, sondern Sie haben sich auch vehement dagegen gewandt, dass überhaupt gekürzt wird. Aber jetzt sind Sie die Koalition, die in nur zwei Jahren den Kommunen Hunderte von Millionen genommen hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nach einem Haushalt 2006 mit deutlichen Kostenverlagerungen in die kommunale Ebene setzen Sie vonseiten der Regierungskoalition diesen Weg fort. Sie belassen nominal den Verbundsatz bei 23 %, greifen den Kommunen jedoch auf anderem Wege kräftig in die Taschen, zum einen mit dem Wegfall des Anteils aus dem Aufkommen der Grunderwerbsteuer, zum anderen, indem Sie außerhalb des GFG dauerhaft und systematisch Zuschüsse streichen und die Kommunen zu erweitern oder neuen Aufgaben heranziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie machen das, obwohl Sie die Lage der Kommunen kennen und es dringend erforderlich wäre, den Kommunen nicht derartig in die Tasche zu greifen.

(Zurufe von der CDU)

– Immer mit der Ruhe! – Lassen wir angesichts Ihres spätherbstlichen Drangs zur Vernebelung der Fakten einmal die Fakten von anderen beschreiben. Da würde sich neben den kommunalen Spitzenverbänden aus meiner Sicht auch der kürzlich durch den Innenminister vorgestellte Kommunalfinanzbericht anbieten. Dann könnte man die Lage der Kommunen nämlich richtig einschätzen. Sie hingegen geben beschönigende Pressemitteilungen heraus, nach denen es

900 Millionen € mehr für die Kommunen gibt, obwohl Sie wissen, dass das faktisch nicht richtig ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben nämlich den Kommunen in diesem Jahr 680 Millionen € abgezogen und rechnen sich jetzt die Situation schön. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie einmal in den Kommunalfinanzbericht schauen würden, dann würden Sie sehen, was der Innenminister festgestellt hat. Der Innenminister stellte fest, aber leider ohne jede Relevanz für Ihr Handeln:

Der Finanzierungssaldo zum 30.06.2006 verharrt mit einem Finanzierungsdefizit in Höhe von rund 1,66 Milliarden € auf dem Vorjahresstand. Das ist in Anbetracht der sehr guten steuerlichen Mehreinnahmen ein eher enttäuschendes Zwischenergebnis.

Wie wahr! – Weiter:

Das eigentlich Besorgniserregende ist: Die Kassenkredite

– darauf habe ich eben abgehoben –

zur Sicherung der kommunalen Zahlungsfähigkeit haben bis zum 30.06.2006 einen neuen Höchststand von 12,5 Milliarden € (30.06.2005: 10,67 Milliarden €) erreicht.

Meine Damen und Herren, Ihre Politik hat nicht zu einem Abbau der Kassenkredite in den Kommunen geführt, sondern Ihre Politik hat dazu geführt, dass diese um mehr als 50 % ansteigen mussten.

(Zurufe von der CDU)

Ihre Politik verursacht das auch weiterhin, indem Sie den Kommunen den fairen Anteil wegnehmen, der ihnen zusteht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Klein?

Horst Becker (GRÜNE): Ja sicher, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Klein.

Volkmars Klein (CDU): Herr Kollege Becker, können Sie bestätigen, dass, auch wenn Sie diese 674 Millionen € Kreditierung abziehen, immer noch richtig viel zusätzliches Geld für die Kom-

munen übrigbleibt, obwohl die Grunderwerbsteuer nicht mehr mit einfließt?

(Beifall von der CDU)

Horst Becker (GRÜNE): Nein, das kann ich nicht bestätigen, Herr Klein.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Ich erkläre es Ihnen einmal langsam, denn dies wird ja nicht auf meine Redezeit angerechnet. Sie haben Folgendes gemacht: Sie haben für das Jahr 2006 auf einen Schlag 680 Millionen € zurückgefordert, die das Land in den Vorjahren kreditiert hat.

(Christian Möbius [CDU]: Ja eben, von Ihnen!)

– Immer mit der Ruhe! Sie haben gefragt, jetzt sollten Sie sich auch die Antwort anhören.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Konsolidierungserfolg im Jahre 2006, wie Sie das nennen und dessen Sie sich rühmen, ist ganz wesentlich – neben den Steuererhöhungen – aus der einmaligen Einnahme in Höhe von 680 Millionen €, die Sie zurückgefordert haben, zustande gekommen. Das heißt, Sie haben von den Kommunen im Haushaltsjahr 2006 auf einen Schlag die Rückzahlung der Kredite verlangt und rechnen sich jetzt die Lage schön.

(Zurufe von der CDU)

– Sie können schreien, wie Sie wollen. Sie wissen, dass das die Fakten sind. Bleiben Sie ruhig und hören Sie zu, damit Sie es vielleicht irgendwann einmal verstehen!

Sie haben also die 680 Millionen € im Jahre 2006 auf einmal zurückgefordert – übrigens unter Aufregung aller kommunalen Spitzenverbände, die genau vorhergesehen haben, was kommen wird. Die haben in allen Anhörungen geschildert, dass sie das über mehrere Jahre strecken möchten. Das eigentliche Motiv – das wusste damals jeder, der in der Gemeindefinanzierung kundig ist – war nicht nur, dass Sie das in diesem Jahr voll vereinnahmen und kassenwirksam werden lassen wollten, sondern es war vor allem, dass Sie für das Jahr 2007 genau den Diebstahl vorbereiten wollten, den Sie jetzt begangen haben,

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

sodass Sie scheinbar den Kommunen mehr gegeben haben. Das sind die Fakten, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist modernes Raubrittertum!)

Diese Zahlen, die ich eben genannt habe, rufen bei Ihnen offensichtlich hohe Aufregung hervor. Ich wiederhole es noch einmal: Unter Ihrer Ägide sind die Kassenkredite bei den Kommunen um 2,5 Milliarden € gestiegen; damit Sie es wissen!

(Zurufe von der CDU)

Diese Zahlen zeigen, dass es den Kommunen trotz der guten Steuereinnahmen nicht möglich geworden ist, sich finanziell besserzustellen. Während Sie sich zulasten der Kommunen besserstellen, können die Kommunen dies nicht.

(Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen das auch an anderen Zahlen verdeutlichen: Sie nehmen den Kommunen 163 Millionen €, die bis jetzt bei den Kommunen aus den Anteilen der Grunderwerbsteuer angekommen sind. Auf gut Deutsch: Diese 163 Millionen € stehen Sie den Kommunen!

Sie verdoppeln den Anteil, den die Kommunen an den Investitionskosten für die Krankenhäuser zu erbringen haben: weitere 110 Millionen €.

Sie belasten die Gemeinden durch die Kürzungen bei den Erstattungsleistungen für die Schülerförderungskosten; das macht 27,4 Millionen €.

Sie geben die Bundeskürzungen bei den Regionalisierungsmitteln für den schienengebundenen Personennahverkehr und für den ÖPNV direkt an die Kommunen und an die Verbände weiter, anstatt das wie andere Bundesländer zu kompensieren. Das macht 79 Millionen €.

Sie nötigen die Kommunen und führen die Kürzungen im Kindergartenbereich fort. Allein das, was Sie damit zusätzlich im nächsten Jahr bewirken, sind 42,75 Millionen €.

In der Summe macht das rund 85 Millionen €, die die Kommunen zusätzlich tragen müssen: sei es durch Elternbeitragserhöhung oder sei es durch eigene Defizitdeckung. Was das allein für die Kommunen bedeutet, können Sie nachvollziehen, wenn Sie sich Gelsenkirchen, Oberhausen oder andere Städte anschauen, wo Sie mit Ihrer Politik und mit diesem Innenminister dann auch noch erzwingen, dass die Elternbeiträge erhöht werden.

Meine Damen und Herren, allein das, was ich Ihnen eben geschildert habe, ohne Ihre anderen Tricks

(Zuruf von der CDU)

– nein, das kann man alles darlegen; das ist übrigens exakt das, was die kommunalen Spitzenverbände auch sagen –,

(Zurufe von der CDU)

beträgt 440 Millionen €. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese Koalition ist eine Koalition, die Jahr für Jahr eine andere Gruppe zum Opfer ihrer Politik macht und sich einer angeblichen Konsolidierung rühmt. Im Jahr 2007 sind nach ersten Einschnitten im Jahr 2006, die schon erheblich waren, die Kommunen Ihr Opfer.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher: Sie können in diesem Hause so tun, als interessiere Sie das nicht. Ich sehe aber allerorten bei Ihrer eigenen kommunalpolitischen Basis, dass sie zunehmend die Hände über dem Kopf zusammenschlägt bei dem, was Sie zulasten der Kommunen veranstalten.

(Zurufe von der CDU: Ach was! Das ist dummes Zeug!)

Da bin ich gelassen, denn das werden starke Verbündete, um sich mit Ihrer Politik auseinanderzusetzen. – Schönen Dank!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Für die FDP erhält das Wort Herr Abgeordneter Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Becker, Sie zeichnen hier ein Zerrbild, was durch nichts zu überbieten ist.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Fragen Sie die Kommunen!)

Sie machen uns weis, dass ein Kreditgeber, der im Prinzip insolvent geworden ist, weitere Kredite geben kann. Im Wirtschaftsleben ist das nicht möglich, aber in der Landespolitik war das möglich.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das Land Nordrhein-Westfalen hat den Kommunen einen Kredit gegeben, obwohl das Land verfassungswidrige Haushalte hat. Damit haben wir sofort Schluss gemacht. Wenn wir das jetzt nicht machen, wann denn?

(Ralf Jäger [SPD]: Der Vergleich passt überhaupt nicht! – Horst Becker [GRÜNE]: Komischerweise verstehen das die kommunalen Spitzenverbände anders!)

– Unterhalten Sie sich einmal mit denen!

(Horst Becker [GRÜNE]: Das machen wir ständig!)

Am Ende des Jahres, in der Rückschau nach 18 Monaten, sagen die: So eine gute Politik haben wir seit Jahren nicht mehr erlebt!

(Lachen von der SPD – Rainer Schmelzter [SPD]: Das ist doch kein Wunschkonzert, Herr Engel! – Zuruf von der SPD: Sie leben in einem Paralleluniversum! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie haben vielleicht eine andere Wahrnehmung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommunalfinanzen befinden sich gleichwohl auf einem Weg der Erholung nach stark defizitären Jahren.

(Ralf Jäger [SPD]: Was? Wo?)

Die Einnahmeseite der Kommunen hat sich in der Tat durch die erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen, insbesondere der Gewerbesteuer, positiv entwickelt.

(Ewald Groth [GRÜNE]: In welcher Kommune leben Sie, Herr Engel?)

So werden für dieses Jahr kommunale Steuereinnahmen in Höhe von 16,25 Milliarden € prognostiziert.

Damit ist das tiefe Tal rückläufiger Einnahmen endgültig durchschritten. Das ist der Silberstreif am Horizont, nicht mehr und nicht weniger.

(Zuruf von den GRÜNEN: Realitätsverlust! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Engel, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen Jäger von der SPD?

Horst Engel (FDP): Nein, jetzt nicht, ich möchte den Gedanken im Zusammenhang fortsetzen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Welchen Gedanken? – Weitere Zurufe von der SPD)

Die kommunale Familie ist noch nicht über den Berg. Die Zahl der Kommunen in der Haushaltssicherung liegt immer noch bei 196 von insgesamt 396 Kommunen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist Durchfall! Diarrhö!)

Besorgniserregend ist der weitere Anstieg der Städte und Gemeinden ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept, also der Kommunen, die

sich in Nothaushalten befinden; das sind mittlerweile 114.

(Ralf Jäger [SPD]: Etwas lauter bitte!)

Leider sind auch die Kassenkredite auf 12,5 Milliarden € gestiegen. Das ist alarmierend.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ach Gott!)

Die Finanzlage der Kommunen bleibt also trotz Besserung auf der Einnahmenseite nach wie vor sehr ernst. So verhält es sich auch mit der Finanzsituation auf Landesebene.

(Zuruf von der SPD: Was denn jetzt?)

Erstmals werden wir mit dem Haushalt 2007 die Kreditverfassungsgrenze mit 34,5 Millionen € unterschreiten. Das ist erfreulich und ein Wert an sich. Wir nehmen das mit Demut nur zur Kenntnis und strengen uns an, eine weitere Konsolidierung in den nächsten Jahren durchzuführen.

Der von uns sehr geschätzte Finanzminister hat dabei die ungeteilte Unterstützung der FDP-Landtagsfraktion. Mir ist übrigens aufgefallen, dass wir ihm von dieser Stelle noch gar nicht gute Besserung gewünscht haben. Das möchte ich hiermit tun.

(Beifall von FDP und CDU)

Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 erfüllt das Land seine verfassungsmäßigen Verpflichtungen und gewährleistet einen übergemeindlichen Finanzausgleich.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Die Bemessung der Finanzzuweisung im übergemeindlichen Finanzausgleich wird vom Grundgedanken der gleichmäßigen Finanzentwicklung der Haushaltsebenen des Landes und seiner Kommunen geleitet. Das heißt, dass die kommunale Familie erstmals in dieser Legislaturperiode einen Konsolidierungsbeitrag erbringen wird.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Der Anteil der Grunderwerbsteuer – diese sieben Achtel, die bereits eine Rolle gespielt haben – fällt aus der Steuerverbundmasse heraus. Das ist schmerzhaft, aber ohne Alternative, so meine Antwort auf die kritischen Argumente auch der Expertenrunde im Rahmen der Anhörung zum GFG 2007. Wir sanieren den Landeshaushalt, indem wir die Konsolidierungslasten auf viele Schultern verteilen, damit es für jeden Betroffenen erträglicher ist.

(Beifall von der FDP)

Wenn nicht jetzt, wann dann? Wann wollen Sie nach Ihren Vorstellungen damit beginnen?

Wir sind der Ansicht, dass der Wegfall des Vier-Siebtel-Anteils an der Grunderwerbsteuer zum jetzigen Zeitpunkt mit sprudelnden Steuereinnahmen für die kommunale Ebene erträglicher ist.

(Zurufe von der SPD)

Denn, Herr Jäger, unsere Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände erhalten fast eine Milliarde, genau 904 Millionen €, Mehrzuweisungen als im Jahre 2006. Der Systemumstellung der Berechnungsbasis auf den Referenzzeitraum für den Steuerverbund ist es zu verdanken, dass in der ersten Ergänzungsvorlage für den Haushalt 2007 noch einmal 284 Millionen € Zuweisungen für die kommunale Familie etatisiert worden sind, sodass jetzt ein noch größerer Zuweisungstopf mit einem fast vierstelligen Mehrbetrag für die Kommunen bereitsteht.

Nach dem überwundenen rot-grünen System hätten unsere Kommunen erst in zwei Jahren im Rahmen der Abrechnung von den steuerlichen Mehreinnahmen profitiert. Nach dem System der Koalition der Erneuerung

(Zuruf von der SPD: Ernüchterung!)

fließen dagegen die Mittel sofort in den Steuerverbund 2007. Das stellt aus Sicht der FDP einen echten Gewinn an Planungssicherheit und Zuverlässigkeit für die Kommunen dar. Es gilt hier der Koalitionsgrundsatz: Verlässlichkeit statt Beliebigkeit.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle vertiefende Ausführungen, was dieser Mehrbetrag bewirkt:

Erstens. Die verteilbare Verbundmasse klettert auf 6,7 Milliarden €. Das sind über 15 % mehr als 2006.

Zweitens. Die Schlüsselzuweisungen steigen um 15,6 % gegenüber dem Vorjahr. Daran können Sie von der Opposition erkennen, dass wir von der Koalition unseren Zuweisungsschwerpunkt nach wie vor auf die Schlüsselzuweisungen legen. Ihre rot-grüne Finanzmethode der investiven Ausweisung von Schlüsselzuweisungen ist für FDP und CDU Vergangenheit.

Drittens. Wir setzen den Systemwechsel, den wir mit dem GFG 2006 eingeläutet haben, im GFG 2007 fort.

Viertens. Erfreulich ist, dass die Investitionspauschale um fast 40 % auf knapp 450 Millionen € ansteigt. Vielleicht wird damit der seit Jahren rückläufige Trend für Investitionsausgaben endlich ge-

stoppt. Das müssen wir im Laufe des Jahres 2007 beobachten.

Fünftens. Die Sonderpauschalen, die Schul- und Sportpauschale, werden auf dem Niveau 2006 von 510 Millionen € konstant fortgeführt. Erfreulich ist, dass sogar für die Bedarfszuweisungen nun 15,6 %, also über 22 Millionen €, zur Verfügung stehen.

Mein Fazit lautet deshalb:

(Horst Becker [GRÜNE]: Darf ich die Rede an die Kommunen verschicken?)

Die Kommunen erhalten trotz Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt nach wie vor 23 % am Landesanteil der Gemeinschaftssteuern.

(Ralf Jäger [SPD]: Lassen Sie sich eine andere Rede schreiben!)

– Herr Jäger, hören Sie zu! – Es bleibt beim klaren Kurs, der mit dem GFG 2006 eingeschlagen worden ist: Vorrang für Schlüsselzuweisungen, Steigerung der Investitionspauschalen, Konstanz und Verlässlichkeit bei den Sonderpauschalen für Schule und Sport.

Zum Schluss eine Bemerkung zum Bund: Die finanziellen Probleme unserer Gemeinden resultieren – das ist uns bekannt – nicht nur aus landesgesetzlichen, sondern auch aus bundesgesetzlichen Verpflichtungen. Viel zu oft hat der Bund Aufgaben, wie zum Beispiel die Grundsicherung, ohne entsprechende Finanzausstattung auf die unterste staatliche Ebene übertragen. Ich bin deshalb enttäuscht,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich bin von Ihnen enttäuscht, Herr Engel!)

dass im Zuge der Föderalismusreform kein Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Kommunen eingeführt werden soll. Ein direktes Aufgabenübertragungsverbot des Bundes an die Kommunen ist zu schwach und schützt die Kommunen nicht vor neuen finanziellen Belastungen.

Deshalb appelliere ich an alle Beteiligten, im Zuge der Föderalismusreform ein Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Kommunen einzuführen und in die zweite Stufe der Föderalismusreform eine Gemeindefinanzreform mit dem Ziel einzubetten, dass die Kommunen in Zukunft verlässliche und auskömmliche Einnahmequellen erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kollege Engel. – Für die Landesregierung spricht Innenminister Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Abgeordneten von Rot und Grün so sprechen hört, hat man immer das Gefühl, der Brandstifter schreit „Feuer, Feuer!“ oder,

(Beifall von CDU und FDP)

um wegen der Raubzugsthematik im Bild zu bleiben, der Räuber ruft: „Haltet den Dieb!“. Wir haben es doch mit einem Problem in Landes- und Kommunalhaushalten zu tun, bei denen wir durch Rot-Grün einen Raubzug durch die Kassen des Landes und der Kommunen erlebt und hier ein Desaster übernommen haben.

Es ist von den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen doch noch einmal deutlich gemacht worden: Wir leben in einer Zeit, in der wir konsolidieren müssen, in der wir von Rot-Grün eine Nettoneuverschuldung von im Jahre 2005 7,2 Milliarden € geerbt haben. Es ist gelungen – das muss jeder, der das hört, objektiv zur Kenntnis nehmen –, dass wir im Jahre 2007 nur noch 3,2 Milliarden € haben werden. Das ist immer noch zu viel. Wir müssen also diesen Weg weitergehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir die Finanzlage der Kommunen mit der des Landes vergleichen, ist zu sagen: Beiden geht es immer noch viel zu schlecht. Deshalb müssen wir weiter konsolidieren und dafür sorgen, dass in diesen Haushalten das Gleichgewicht erhalten bleibt. Deshalb wird das, was wir nach Art. 79 Landesverfassung tun, „nach der Leistungsfähigkeit des Landes“ abgewogen und entsprechend entschieden.

Ich habe eben mit Freude zu Kenntnis genommen, mit welch lobenden Worten das auch von den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen gesagt worden ist: Wir sind bei einem Verbundsatz von 23 % geblieben. Wir haben nur die obligatorischen Verbundgrundlagen genommen. Das tut weh, aber es ist auch ein Punkt, bei dem wir sagen: Wir müssen uns gemeinsam besser für die Zukunft aufstellen.

Das Ergebnis in diesem schmerzlichen Umsteuerungsprozess ist, dass die Kommunen dennoch einen erheblichen Betrag mehr bekommen, nämlich 904 Millionen €, und die Opposition dies relativiert. Herr Jäger – Sie sind wohl der Einzige, der als maßgeblicher Partner aus der Vergangenheit anzusprechen ist –, Sie haben doch selber für

2005 diese Rückzahlung der Kreditierung ins Gesetz geschrieben. Die 674 Millionen € weniger waren also Ihr Werk. Diese Kürzung hing damit zusammen, dass Sie diese Mittel früher nicht eingefordert haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Man kann natürlich versuchen, Nebelkerzen zu werfen. Das gelingt Ihnen aber nicht. Schließlich ist völlig klar, dass die Kommunen die Beträge, die sie hier zurückzahlen müssen, an anderer Stelle über Gebühr erhalten haben. Wenn ein Kredit gewährt wird, muss er nun einmal zurückgezahlt werden; das ist überall im Leben so.

Wenn man vergleicht, wie viel 2006 in den kommunalen Kassen war und wie viel 2007 in den kommunalen Kassen sein wird, stellt man fest, dass im kommenden Jahr 904 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Das ist doch eine gute Botschaft.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht alle Punkte wiederholen, die positiv hervorgehoben worden sind: die 2006 vorgenommenen Änderungen im System, die auch 2007 fortgeschrieben werden; der Referenzzeitraum, der Verlässlichkeit in der Planung bringt; der hohe Anteil der Schlüsselzuweisungen und damit der frei verfügbaren Masse. All das ist richtig und kann sich auch sehen lassen.

Ich will aber nur noch einmal deutlich auf den geschätzten Kollegen Töns eingehen. Lieber Herr Töns, Ihre Ausführungen waren ein Stück kafkaesk. Wir alle wissen, dass Gelsenkirchen einen Problemhaushalt hat – wie eine ganze Reihe anderer Städte und Gemeinden auch. Wenn Sie dann aber nicht anerkennen, dass Sie in Gelsenkirchen jetzt beispielsweise einen Steuerkraftzuwachs von 33 % verzeichnen

(Ralf Jäger [SPD]: Auf welchem Niveau denn, Herr Wolf? Was ist das für eine Zahl?)

– Herr Jäger, regen Sie sich nicht auf –, muss man darauf hinweisen, dass in unserem System der Gemeindefinanzierung damit auch eine Veränderung der Schlüsselzuweisungen einhergeht. Das ist ganz normal und in jeder anderen Kommune in Nordrhein-Westfalen auch der Fall. Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass sich die Schlüsselzuweisungen wie ein Ausgleichspendel ändern, wenn es bei Ihnen an einer Stelle der Steuereinnahmen ein Stück besser läuft. Wenn Ihre Steuereinnahmen sinken, tut sich bei den Schlüsselzuweisungen ja auch etwas in umgekehrter Richtung. Das ist in unserem System doch ganz normal.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Jäger?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Von Herrn Jäger immer.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Herr Minister, ich danke Ihnen sehr. – Sie haben gerade ausführlich die Steuerkraftentwicklung der Stadt Gelsenkirchen von plus 33 % dargestellt. Sind Sie auch in der Lage, dem Parlament die Entwicklung des strukturellen Defizits der Stadt Gelsenkirchen

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmén: Woran liegt das denn?)

darzustellen, die trotz der ...

(Minister Dr. Ingo Wolf beginnt mit der Beantwortung.)

– Herr Wolf, ich war noch nicht fertig.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich bin gerne bereit, Ihnen den gesamten Kommunalfinanzbericht noch einmal zuzustellen – auch unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gelsenkirchen.

Ich habe anerkannt, dass wir überall eine schwierige Haushaltslage haben, und nur als Erwiderung auf die Ausführungen des Kollegen Töns gesagt, dass man aufpassen muss, nicht eine Schraube herauszunehmen und dann Unvergleichbares miteinander zu vergleichen.

(Ralf Jäger [SPD]: Was haben Sie denn gemacht? Sie haben gerade die Steuermehreinnahmen herausgenommen! – Zuruf von Markus Töns [SPD])

Diese Art der Rosinenpickerei ist nicht hilfreich.

Um die Rechtslage klarzustellen, möchte ich jetzt noch ein paar Takte zu Ihrem Lieblingsthema, den Elternbeiträgen für Kindergärten, sagen. – Was notwendig ist, ist eine Frage des kommunalen Haushaltsrechts. Alle, die in einer Nothaushaltskommune leben – wie zum Beispiel auch Herr Kollege Jäger –, müssen sich den gleichen Notwendigkeiten stellen. Eine ganze Reihe von Kommunen haben – das ist wichtig, damit Sie nicht in Polemik verfallen, Herr Jäger – angemessene und vertretbare Erhöhungen vorgenommen. Daher sind von allen Kommunen angemessene und vertretbare Erhöhungen zu erwarten.

Niemand spricht davon, dass die Beiträge explodieren und um 300, 500 oder 1.000 % steigen sollen. Lassen Sie also bitte die Kirche im Dorf.

(Horst Becker [GRÜNE]: Dann klauen Sie die Kirche auch noch!)

Das Ganze können wir bei anderer Gelegenheit noch einmal intensiv diskutieren. Fakt ist jedenfalls, dass jeder, der sich im Nothaushaltsrecht befindet, alle zumutbaren und vertretbaren Beitragserhöhungen durchführen muss. Das ist eine faire Geste allen anderen gegenüber. Ich denke, dass so etwas auch absolut machbar ist. Allerdings sollte man die Diskussion um das GFG nicht übermäßig mit diesem Thema belasten. Ich habe es nur kurz angeführt, weil es angesprochen worden ist.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Gebhard. Lassen Sie sie zu?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Wo ist Frau Gebhard? – Ja, gut.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Gebhard, bitte.

Heike Gebhard (SPD): Schönen Dank, Herr Minister. – Sie haben gerade von einer angemessenen Erhöhung gesprochen. Heißt das, dass nicht die kompletten 1,2 Millionen €, die beim Elternbeitragsdefizit ausgeglichen werden sollen, von den Eltern erbracht werden sollen? Soll die Kommune an anderer Stelle – sprich: zum Beispiel im Jugendbereich – noch weiter kürzen, um die Erhöhung der Elternbeiträge im angemessenen Rahmen zu halten?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich bestätige, dass es notwendig ist, die Beiträge im vertretbaren, angemessenen Umfang anzuheben. Die Frage der Kompensation stellt sich in jedem Haushalt individuell. Sie kann man nur beantworten, wenn man sich mit dem jeweiligen Haushalt insgesamt beschäftigt. Das wird die Kommunalaufsicht tun. Dafür sind nicht wir im Plenarsaal zuständig.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, für mich ist ganz entscheidend, dass wir mit diesem GFG eine Grundlage für eine dauerhaft verlässliche kommunale Finanzausstattung legen und dass wir schon im Jahr 2006 Bereinigungen vorgenommen haben, die sich jetzt als positiv erweisen. Wir führen nämlich Klarheit und Wahrheit zusammen. Dass es

ein Mehr an Geld gibt, kann auch der hoch geschätzte Kollege Jäger – aus seiner Sicht leider Gottes – nicht bestreiten. Es gibt mehr; das ist die Botschaft für die Kommunen.

Es wäre allen recht, wenn die wirtschaftliche Entwicklung sowohl zugunsten des Landes als auch zugunsten der Kommunen in den nächsten Jahren noch besser würde, sodass wir weniger Defizite verzeichnen und auch einmal den Zeitpunkt erreichen, an dem wir nicht nur die Nettokreditaufnahme zurückführen, sondern auch zu ausgeglichenen Haushalten kommen und in die Schulden tilgung eintreten können. Diesen Wunsch sollten wir alle haben. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lux, ich gestehe Ihnen zu, dass Sie in der Debatte um das vorgelegte Gemeindefinanzierungsgesetz die schwierigste Aufgabe von uns allen haben; denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es nur unsere beiden Parteien sind, die – weil sie vor Ort Verantwortung tragen – in diesem Parlament und in einem solchen Beratungsverfahren tatsächlich die Auswirkungen auf die Kommunen in Gänze beurteilen können.

Sie befinden sich in der Situation, ein GFG vertreten zu müssen gegen einen Innenminister und gegen einen Koalitionspartner, von denen man nur behaupten kann: So kommunalfeindlich haben sich in diesem Parlament Parlamentarier noch nie verhalten!

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP: Oh! – Minister Dr. Ingo Wolf: Quatsch!)

Ich darf kurz auf die Argumente des Innenministers eingehen. Drei Punkte sind mir aufgefallen:

Es wäre unparlamentarisch zu sagen, dass der Innenminister lügt. Zur Umgehung der Geschäftsordnung würde ich formulieren: Er hat schon einen ziemlich flexiblen Umgang mit der Wahrheit. Um es ganz drastisch auszudrücken: Herr Wolf steht im unmittelbaren verwandtschaftlichen Verhältnis zu Käpt'n Blaubär.

(Beifall von der SPD)

Wer behauptet, den Kommunen ginge es besser, Herr Wolf, muss sich entgegenhalten lassen, dass sich – seitdem Sie Innenminister in Nord-

rhein-Westfalen sind – der Schuldenstand der Kommunen in Nordrhein-Westfalen um 1,2 Milliarden € erhöht hat.

Der muss ferner feststellen, dass die 1,2 Milliarden € etwa dem entsprechen, Herr Wolf, was Sie zurzeit auf Ihrem Beutezug durch die kommunalen Kassen einkassieren. Das sind ziemlich genau 1,2 Milliarden €.

Sie erzählen, dass es bei der Streckung der Kreditierung sozusagen Rot-Grün waren, die das zwangsläufig, unwiederbringlich, einem Evangelium gleich in das Gesetz formuliert hätten. – Das ist unwahr.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich war Mitglied dieses Kommunalausschusses, Sie nicht, Herr Lux, aber das mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf. Ebenso waren der heutige Innenminister als FDP-Vertreter und Staatssekretär Palmes Mitglieder dieses Kommunalausschusses und haben immer gesagt: Wenn wir die Regierung stellen, wird es den Kommunen in Nordrhein-Westfalen viel besser gehen.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt!)

Nicht nur ist das Gegenteil der Fall, sondern wir müssen feststellen, dass wir gemeinsam – parteiübergreifend auch mit der CDU, Herr Lux – von Jahr zu Jahr im Rahmen der Kreditierung überlegt haben, ob sie zu strecken oder gänzlich zurückzufordern ist, und zwar immer anhand einer Prüfung, wie die kommunale Finanzausstattung im jeweiligen Jahr tatsächlich aussieht. Entsprechend haben wir sie gestaltet, mal gestreckt, mal zusammengefasst.

Tatsache ist: Diesen Pfad haben Sie gänzlich verlassen. Sie fordern einen kompletten Betrag zurück, den wir gestreckt hätten, wohl wissend, dass die Finanzausstattung der Kommunen trotz Steuermehreinnahmen in der Bilanz deutlich schlechter ist als im Zeitraum davor.

(Christian Weisbrich [CDU]: Sie hätten lieber Schulden gemacht!)

Ich möchte gerne noch auf zwei Dinge eingehen, die vielleicht ein bisschen das Dilemma widerspiegeln, in dem sich die CDU-Fraktion befindet: Beim GFG greifen Sie tief in die Taschen der kommunalen Handlungsfähigkeit und sorgen dafür, dass es vor Ort höhere Kindergartenbeiträge gibt. Freiwillige Leistungen wie Schülerfahrtskosten sind von den Kommunen nicht mehr aufzubringen. In einer solchen Situation diskutieren Sie zugleich eine Verschärfung des § 107 der Gemeindeordnung, weil Ihr Koalitionspartner dieses

Gequassel „Privat vor Staat“ in den Koalitionsvertrag hineindiktiert hat.

Herr Lux, es ist wirklich bedauerlich anzusehen, wie diese wirklich alte Kommunalpartei CDU einen Kniefall vor dieser Sechs-Prozent-Partei macht, um den Kommunen wirklich noch das Letzte aus den Taschen zu ziehen.

(Beifall von der SPD)

Auf welchem Trip Ihr Innenminister ist, den Sie hier so wortreich verteidigen, lassen Sie mich einmal am Beispiel der Stadt Neuss klarmachen: Die Sparkasse Neuss ist in der Lage, 150 Millionen € Stammkapital auszuweisen. Lasse ich einmal Revue passieren, was Ihr Finanzminister gerade im Rahmen des Sparkassengesetzes diskutiert, ist das eine Vorgehensweise, die ausdrücklich begrüßt wird. Herr Lux, wissen Sie, was Ihr Innenminister dazu sagt, dass eine Sparkasse 150 Millionen € Stammkapital ausweisen will? – Dieser Innenminister sagt dazu: Es gebe zwar keine Anweisung, aber eine Ausweisung von Sparkassenvermögen in der Eröffnungsbilanz sei ausdrücklich nicht gewollt. – So die Sprecherin des Innenministeriums!

Dieser Innenminister gräbt den Kommunen die letzten Einnahmemöglichkeiten über den § 107 ab. Er legt ihnen ein GFG vor, das so kommunalfeindlich in den letzten 20 Jahren nicht vorgelegen hat. Herr Lux, an die Adresse der CDU-Fraktion gerichtet: Sie sollten sich ernsthaft überlegen, wie lange sie sich das von dieser FDP noch gefallen lassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jäger. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Lux.

(Christian Weisbrich [CDU]: Viel Lärm, Herr Jäger!)

Rainer Lux (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, es tut mir schrecklich leid: Aber klar ist, dass Sie den Kommunen unmittelbar vor der Wahl 680 Millionen € kreditiert und ins Gesetz geschrieben haben, dass dieser Betrag zurückzuzahlen ist. Es ist unheimlich billig, nach einer verlorenen Wahl zu sagen, wir hätten das Geld gar nicht zurückgefordert, höchstens in ganz vielen Schritten. Das glaubt Ihnen selbst bei Ihrer jahrzehntelang betriebenen Verschuldungspolitik kein Mensch hier in diesem Haus.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist ein Märchen, das Sie sich anrechnen lassen müssen.

Herr Becker, Sie sprechen mit Ihrer unreflektierten Wortwahl davon, die Mehrheit oder der Innenminister würden die Kommunen bestehlen. Offensichtlich haben Sie keine Ahnung, welche Rechtsgrundlage die Kommunen haben, ihren Anteil aus der Grunderwerbsteuer zu bekommen. Das sollten Sie wenigstens benennen, bevor Sie mit solchen Wortinjurien durchs Land laufen. Das ist furchtbar, lächerlich und ärmlich, wie Sie versuchen, Ihre fehlende Argumentation durch solche Kraftausdrücke zu untermauern.

(Beifall von CDU und FDP)

Heute ist bei der SPD das Heimatgefühl durchgebrochen: Der eine – er ist zwar nicht mehr da – spricht von seiner Heimatstadt Gelsenkirchen, während der andere von seiner Heimatstadt Duisburg spricht. Den Kommunen gehe es allen so schlecht, ist zu hören.

Ich darf einmal von meiner Heimatkommune berichten: Als die SPD im Lande noch das Sagen hatte, waren wir eine Nothaushaltsgemeinde. Inzwischen befinden wir uns im Haushaltssicherungskonzept und schaffen in diesem Jahr zum ersten Mal wieder die schwarze Null. Wir haben es geschafft!

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Das ist ohne Weiteres möglich.

(Ralf Jäger [SPD]: Noch ein Käpt'n Blaubär!)

Wer so wie Sie weiter an der Vergangenheit hängt und meint, er müsse, wenn eine Mark mehr Steuern im Sack liege, gleich wieder zwei Mark ausgeben, schafft es nie, in Nordrhein-Westfalen einen Wechsel hinzubekommen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Lux. – Es kommt jetzt noch einmal Herr Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Kollege Lux, Sie haben auf Herrn Kollegen Jäger, der mit Ihnen in Ihrer Rolle offensichtlich Mitleid hatte, dergestalt reagiert, dass Sie sagten, das Mitleid sei nicht berechtigt. Das erinnert mich an die Aussage eines Kommunalpolitikers von der CDU im Rhein-Sieg-Kreis. Die sich hier abspielende Situation beschreibend sagte er: Der Schwanz wackelt mit dem Hund und der Hund freut sich auch noch dabei. – Genau das haben Sie gerade getan.

(Beifall von der SPD)

Sie sagen immer wieder, schuld an allem wäre nur die böse Opposition. Ich will Ihnen deshalb vorneweg einen Hinweis geben und dann mit einem Zitat arbeiten. Der Hinweis lautet: Bei der Kommunalwahl im Jahr 2004 hat die CDU in Nordrhein-Westfalen in den meisten Kommunen die Mehrheit erhalten. Diese spiegelt sich in den Gremien von Städte- und Gemeindebund, Städte- und Landkreistag wider. Das muss man wissen. Es sind mehrheitlich Ihre Leute, die die Stellungnahmen abgeben. Deswegen zitiere ich aus der Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 den Vertreter des Städte- und Gemeindebundes:

„Was uns ausgesprochen nervös macht, sind auch die Umstände, unter denen das Land die Kürzungen für angemessen hält. Es ist wahrscheinlich schon lange her, dass das Land so viele Steuereinnahmen verbuchen konnte wie in 2006 und erst recht in 2007. Und dennoch soll den Kommunen tiefer in die Tasche gegriffen werden als jemals zuvor. Ich frage mich: Wie stark wird das Land die Kommunen erst belasten, wenn seine Einnahmen einmal zurückgehen? – Man kann nicht in der Koalitionsvereinbarung die Stärkung der Kommunen propagieren und sich für die Rückgewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit einsetzen und ihnen gleichzeitig die Finanzmittel von knapp einer halben Million Euro entziehen.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Es sind Ihre Leute, die eine solche Stellungnahme abgegeben haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Vertreterin des Landkreistages hat dazu gesagt: Wir schließen uns dieser Stellungnahme vollumfänglich an.

Genau das tue ich heute für die Fraktion der Grünen auch. Ich schließe mich der Stellungnahme, die Ihnen Ihre Parteifreundinnen und Parteifreunde von den kommunalen Spitzenverbänden ins Stammbuch geschrieben haben, vollumfänglich an. Wenn Sie eine Kommunalpartei wären, sollten Sie sich dieser Stellungnahme auch anschließen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Becker. – Herr Innenminister Wolf hat sich noch einmal gemeldet.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schwanz wedelt mit dem Hund: So war es zehn Jahre lang bei Rot-Grün der Fall.

(Beifall von der CDU)

Das ist Gott sei Dank zu Ende.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir arbeiten als Partner auf Augenhöhe

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber nur, wenn der Schwanz in Augenhöhe wedelt!)

und haben die Verantwortung für die Finanzen im Land, aber auch in den Kommunen.

Deswegen haben wir einen Kurs eingeschlagen, der Konsolidierung heißt. Konsolidierung heißt auch, das eine oder andere im eigenen Haushalt zu tun. Bei der Frage der Zuweisungen an die Kommunen bedeutet das, dass es nicht die Blütenträume gibt, die man sich vielleicht vorstellen könnte. Dennoch bleibt es dabei, dass wir die Einnahmen der Kommunen steigern, ohne zu behaupten, dass die kommunale Finanzlage deswegen toll sei, Herr Jäger.

(Zuruf von der SPD)

Genauso wenig sagen wir, die Finanzlage des Landes sei inzwischen zufriedenstellend. Wir sind nur besser als zu der Zeit, zu der Sie uns das Ganze überlassen haben.

(Zuruf von der SPD)

Was die Frage der Kreditierung anbetrifft, sage ich Ihnen: Wer als Pleitier Banker spielt und gegenüber den Kommunen Kreditierungen vornimmt, diese hinterher zurückfordern will und nun so tut, als ob er das nicht gemacht hätte, wie es der Kollege sagte, der sagt mehr als die Unwahrheit. – Es ist schlichtweg nicht mehr im Bereich der Wahrhaftigkeit, was Sie tun, Herr Jäger.

(Beifall von CDU und FDP)

Das mit Fragen des § 107 zu vermengen ist schlichtweg absurd. Wir sprechen hier allein über die Frage, wie viel die Kommunen im Jahr 2007 bekommen. Für alle, die auf der Zuschauertribüne sitzen: Es sind über 900 Millionen € mehr als im Jahr 2006. – Das ist ein Erfolg dieser Regierung und dieser Regierungskoalition.

Ich darf sehr herzlich Dank für die Unterstützung sagen und bitte Sie, hier entsprechend unterstützend zu votieren. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über das **Gemeindefinanzierungsgesetz** Drucksache 14/2302. Wir stimmen über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3017** ab. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Damit ist die Beschlussempfehlung so **angenommen**.

Über die Rücküberweisung des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung werden wir morgen zusammen mit dem Haushaltsgesetz entscheiden.

Ich rufe den **Einzelplan 11** auf:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3011 vor. Außerdem liegen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Nummern 21 bis 30 der Tischvorlage vor.

Wir beginnen mit der Beratung des **Teilbereichs „Arbeit und berufliche Weiterbildung“**.

Dazu hat sich Herr Schmeltzer von der SPD gemeldet. Bitte schön.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Grundlage einer Haushaltsrede zum Einzelplan des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist der Einzelplan 11. So weit die Theorie.

Schaut man sich jedoch dann das Zahlenwerk des Einzelplans 11 im Bereich Arbeit an, kommt man schnell zu der Auffassung, dass diese Rede nicht mehr als zwei Minuten dauern kann. Zwei Minuten reichen völlig aus, um darzulegen, dass Sie sich darauf konzentrieren, so viel wie eben möglich an ESF-Mitteln in Ihren Haushalt zu stellen, Herr Minister. Dies geschieht zulasten klassischer landespolitischer Arbeitsmarktpolitik. Was Sie damit verkörpern, ist nichts anderes als das Symbol eines „Europamittel-Durchlauferhitzers“.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie vermitteln ja auch den Eindruck, ESF-Mittel seien mit Landesmitteln gleichzusetzen, die Sie dann in Gutsherrenmanier im Lande verteilen können. Auch an dieser Stelle wird deutlich: Sie täuschen.

Das ist der Ausdruck Ihrer Arbeitsmarktpolitik. Sie sind es, der den Menschen mit Überschriften wie „Werkstattjahr“ oder „Ausbildung 2006“ eine aktive Arbeitsmarktpolitik vorgaukelt, doch an vielen